

Zur aktuelle Finanzmarktkrise- und situation

Mit der Entscheidung am 4./5. Oktober 2008 das vereinbarte Rettungspaket für die Hypo Real Estate wegen eines zusätzlichen Finanzbedarfs noch einmal aufzuschnüren und neu zu gestalten, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, Problemstellungen zur Finanzkrise und Positionen zur Auswirkungen dieser Krise auf andere gesellschaftliche Lebensbereiche zu diskutieren.

Staatliche Rettungsversuche für Finanzkrisen sind keine neue Erscheinung.

- 1932 wurde mit dem Auslöser der Weltwirtschaftskrise in den USA ein staatliches Institut gegründet, welches notleidenden Banken Kredite gewährt. Insgesamt wurden bis 1952 dafür 9,5 Mrd. US-Dollar bereit gestellt.
- 1992 wurde aufgrund von fehlerhaften Immobilienspekulationen in Schweden eine Gesellschaft zur Unterstützung von Banken gegründet, die bis 1996 ca. 6 Mrd. US-Dollar ausgereicht hat.
- 1996 wurde in Japan – ebenfalls aufgrund einer fehlerhaften Immobilienspekulation – ein staatliches Hilfsprogramm von ca. 460 Mrd. US-Dollar aufgelegt.
- Im Jahr 2008 sind mit der Entscheidung des Senat und des Repräsentantenhauses, insgesamt noch einmal 700 Mrd. US-Dollar zur Minderung der Folgen der aktuellen Krise bereit gestellt worden.
- Aus dem gleichen Anlass hat Irland einen Bürgschaftsrahmen von 400 Mrd. € für die sechs größten Banken des Landes bereit gestellt. Ein ähnliches Verfahren hat Griechenland gewählt.
- Bereits im Vorfeld der akuten Krisenintervention war es zur Aufrechterhaltung der Zahlungsliquidität zu einer Bereitstellung mehrerer 100 Mrd.€ bzw. US-Dollar durch die EZB sowie durch die amerikanischen und europäischen Notenbanken gekommen.

Insgesamt ist also zu verzeichnen, dass der Umfang öffentlicher Krisenintervention immer umfangreicher geworden ist und die Zeitabstände geringer werden.

Was war der Auslöser der gegenwärtigen Finanzsituation?

In den USA wurden Immobilienkredite vergeben, deren Refinanzierung nicht sicher gestellt war. Um diese Risiken aus den jeweiligen Bankbilanzen heraus zu halten, wurden die Kredite mit anderen Finanztiteln gemischt und als sog. „strukturierte Finanztitel“ in das weltweite Banken- und Finanzsystem eingespeist. Nachdem die Refinanzierung dieser Immobilienkredite in Stocken geriet, wurde die Werthaltig- bzw. Wertlosigkeit dieser Titel sichtbar. Um den Umfang zu verdeutlichen: in den USA stehen gegenwärtig 18-20 Mio. Eigenheime und Eigentumswohnungen leer, weil die bisherigen Eigentümer von der Kreditsituation betroffen sind, d.h. das etwa 40-60 Mio. Amerikaner (ca. 15-20 % der Gesamtbevölkerung) unmittelbar von den Auswirkungen der Finanzkrise im eigenen Land betroffen sind.

Aufgrund des weltweiten Handels dieser Finanztitel sind aber nicht nur amerikanische, sondern auch europäische Banken unmittelbar betroffen. In Deutschland dreht sich gegenwärtig die Diskussion vor allem um die Hypo Real Estate. Diese Bank nimmt eine etwas gesonderte Position im Finanzsystem ein. Sie kauft und verkauft im Kerngeschäft sog. Pfandbriefe. Pfandbriefe sind das wichtigste Element zur gegenseitigen Absicherung von Banken- und Finanzinstitutionen. Sie stellen insofern eine Besonderheit dar, als dass sie zu 60% z.B. mit Staatsverbindlichkeiten aber auch mit Hypothekendarlehen unterlegt sind. Der deutsche Markt umfasst ein Volumen im Pfandbriefgeschäft von etwa 900 Mrd. bis 1 Billion Euro. Ca. 15-20 % davon wurden durch die Hypo Real Estate vertrieben. In der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem im Zusammenhang mit der

Hypo real Estate die Kommunen und Landkreise betroffen, wenn deren Finanzierungsmodalitäten über diese Form gesichert werden. Sollte dieses Finanzinstrument seine Werthaltigkeit verlieren, hat das Auswirkungen auf alle drei Säulen des deutschen Finanzsystems sowie die Versicherungswirtschaft. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Versicherungsgesellschaften dürfen zum Schutz der Versicherten nur 35 % ihres Finanzbestandes spekulativ anlegen. Unabhängig davon würden bei schwerwiegenden Störungen des Finanzsystems Versicherungen nicht mehr die notwendigen Gelder erwirtschaften, um Verträge bedienen zu können. Beispielsweise ist die private Altersvorsorge (egal wie man politisch dazu steht) auch in der Bundesrepublik millionenfach und quer durch alle gesellschaftlichen Schichten Realität. Eine Vertrauenskrise in diesen Bereich hätte nicht nur Einfluss auf die Finanzmärkte, sondern wäre auch für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche relevant. Ähnliches trifft natürlich auch auf Sparkassen und andere Banken, die Girokonten, Tagesgelder u.ä. Verwalten, zu. Die Kreditzusagen, insbesondere auch für die mittelständische Wirtschaft, stoßen bereits jetzt an Grenzen. Ein weiterer Einbruch würde in umfassender Weise die mittelständische Wirtschaft, d.h. die Realwirtschaft massiv betreffen. Das heißt, die Auswirkungen reichen vom Hartz-IV-Empfänger quer durch alle sozialen Gruppen und Schichten, bis zu den öffentlichen Institutionen. **Wir diskutieren ggw. nicht mehr „nur“ über eine Finanzkrise, sondern über den Beginn einer Vertrauenskrise der Gesellschaft und damit auch der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Institutionen.**

Welche Sicherungssysteme gab es bisher bzw. gibt es?

Neben der bereits erwähnten 35 % Regelung für Versicherungsgesellschaften gelten in der Bundesrepublik nachfolgende Sicherungselemente:

1. Girokonten und Tagesgelder bis zu einer Höhe von 20.000 € sind gesetzlich gesichert, egal bei welcher Bank
2. Sparkassen und öffentliche Banken haben untereinander Sicherungsvereinbarungen, die im Insolvenzfall gegenseitig greifen
3. der Sicherungsfonds der Privatbanken umfasst gegenwärtig ca. 5 Mrd. €
4. darüber hinaus gibt es diverse Regelungen, die das Risiko beim Aktienhandel begrenzen sollen bzw. eine Sicherungspflicht der Banken bei Aktienhandel umfassen.

Das Problematische der gegenwärtigen Situation ist, dass die Finanzkrise ausgelöst worden ist, durch Finanzinstrumente die außerhalb der Börse gehandelt werden und deren Wertumfang das Mehrfache, der an der Börse gehandelten Papiere umfasst. Weltweit ist die Situation so, dass mehr als 90% der gehandelten Finanzpapiere nicht zur Finanzierung der Realwirtschaft benötigt werden. Dieser Sachstand hat sich in den letzten Jahren weiter vertieft.

Das war und ist auch der Hintergrund, das quer durch alle politischen Lager – einschließlich auch der PDS in den 90er Jahren – eine Regulierung des Finanzsystems auf nationaler und internationaler Ebene gefordert wurde. Das hat nichts mit Verstaatlichung und Sozialismus zu tun, sondern ergibt sich aus dem Kernverständnis sozialer Marktwirtschaft, welches beinhaltet:

1. die Gesellschaft ist einer sozialen Entwicklung verpflichtet, die demokratisch – also in einer Einheit von sozialen und Freiheitsrechten – gestaltet wird.
2. Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft und braucht gewisse Freiheiten um ihrer wertschöpfenden Funktion gerecht zu werden.
3. Der Markt braucht Regulierungen, damit diese Funktionen erfüllt werden können.

Bislang sind internationale Regelungen, insbesondere aufgrund des Widerstandes der USA und Großbritanniens gescheitert. (Die Wirkungen dieser Politik sind auch heute noch in Details erkennbar. Nach Zeitungsberichten streben in den USA div. Hedgefonds Klagen an, weil – vor dem Hintergrund der akuten Finanzkrise – eine Reihe spekulativer Finanzinstrumente verboten wurden, darunter auch sog. Leerverkäufe. Dabei werden Aktien geliehen, zu einem bestimmten Preis verkauft und zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt, nach einem Wertverfall des betreffenden Unternehmens, auf das spekuliert wird, zurück gekauft. Das heißt, man spekuliert mit der Möglichkeit einer Möglichkeit). Erschwerend kommt hinzu, dass das hohe Außenhandelsdefizit der USA sowie die hohe Staatsverschuldung und der Handel mit Staatsanleihen de facto die Auslagerung der Risiken der eigenen Entwicklung auf das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem und damit die Spekulation wesentlich befördert hat. Neben den unverantwortlichen Fehlspekulationen ist diese Situation vor allem durch die fehlende Regulierung, also den fehlenden Einfluss der öffentlichen Hand auf den Markt, entstanden. Insbesondere die, auch als Sicherungssystem eingeführte Bewertung von Finanzinstrumenten durch private Unternehmen (so. Rating-Agenturen) hat sich nicht nur als unzureichend herausgestellt, sondern das System vollständig überlebt. Bis zum Schluss wurden die weltweiten Risiken nicht erkannt und höchste Bonitätszeugnisse ausgestellt.

Muss jede einzelne Bankinstitution erhalten bzw. gerettet werden?

Selbstverständlich nicht. Im Gegensatz zu Teilen der BT-Fraktion halte ich z.B. die Rettung der IKB – deren Schieflage eine Folge der Finanzkrise war – für falsch. Die IKB war eine Spezialbank, die der Finanzierung des sog. gehobenen Mittelstandes diente. Diese Funktion hätte ohne gesellschaftliche Auswirkungen auch durch andere Banken wahrgenommen werden können. Die 8 Mrd. Euro, die der Bund zur Rettung zur Verfügung gestellt hat, waren eine finanz- und strukturpolitische Fehlentscheidung, da es den Handlungsspielraum des Bundes für dringende soziale und wirtschaftliche Reformen weiter eingeengt hat. Der dann erfolgte Verkauf für ca. 125 Mio. € an einen Finanzinvestor – der wegen seinen Finanzpraktiken massiv in Kritik steht – treibt diesen Fehler auf die Spitze. Eine Bank nur deshalb zu retten, weil sie öffentlich-rechtlich ist, ist genau so falsch, wie eine private Bank nur deswegen in Insolvenz zu führen, weil sie privat ist.

Wie oben dargestellt, würde eine unkontrollierte Insolvenz der Hypo Real Estate gravierende Auswirkungen nicht nur auf den Finanzmarkt, sondern auch auf die Gesellschaft als solche haben. Daher ist eine staatliche Intervention in diesem Fall richtig. Ob es „ausgereicht“ hätte den Pfandbriefbereich zu garantieren und die Bank ansonsten in eine kontrollierte Insolvenz zu führen, lässt sich ohne Kenntnis des Zahlenwerks nicht beurteilen. Unabhängig davon, gilt m. E. der Grundsatz, dass eine staatliche Intervention bei einer akuten Krise mit Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie mit einer Reform der Regulierungssysteme bzw. ihrer Einführung in den Finanzmarktsektor verbunden wird. Die Einbringung des Bundeshaushaltes mit dem politischen Ziel, die Neuverschuldung auf Null zu senken, zeigt m. E. eine bis zu diesem Zeitpunkt vorhandene Unterschätzung der Auswirkungen der Finanzkrise. Diese Position wurde auch aus diesem Grunde innerhalb von 24 h korrigiert.

Neben der richtigen und populären Forderung, nach Haftung und Verantwortung von Bankmanagern für Fehlspekulationen, geht es m.E. dabei im Kern um nachfolgende Regelungen:

1. Anhebung des gesetzlich garantierten Einlagenschutzes von ggw. 20.000 € auf 80.000 € für Girokonten und Tagesgeldern, um so den Anreiz von Spekulationen zu minimieren.
2. Ausweitung einer Sicherheitshaftung auch auf den Bereich selbst genutzter Wohnimmobilien, z.B. durch das Einräumen der Möglichkeit in der Gesamtlaufzeit des Kredits insgesamt ein Jahr mit der Zahlung aussetzen zu können, um bei Veränderung der Lebensumstände

(Krankheit, Arbeitslosigkeit etc.) die Möglichkeit des Erhalts des Wohnraumes zu eröffnen.

3. Banken und Finanzinstitutionen müssen mindestens 10-15 % der Risiken der vergebenen Krediten in den eigenen Bilanzen führen, um die Auslagerungen von Kreditrisiken zu minimieren. (Die EU-Kommission schlägt gegenseitig 5 % vor, was mir aber angesichts der aktuellen Krise zu gering erscheint.)
4. Ausbau der Sicherungsfonds der privaten Institute in einem Umfang, der das Reagieren auf Finanzkrisen tatsächlich ermöglicht. Die oben erwähnten 5 Mrd. € sind dafür völlig unterdimensioniert. Es ist gesellschaftliche Realität, dass Verursacher, die sich durch wirtschaftliche Tätigkeit ergebenden Folgewirkungen absichern müssen (z.B. in der Kern- und Kohleindustrie). Das gesellschaftliche Risiko aus dem ggw. Finanzmarktsystem ist offensichtlich.
5. Ersatz der privaten Rating-Agenturen durch öffentliche Bewertungsinstitutionen, die finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie die Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten real prüfen und ihren Einsatz gegebenenfalls auch untersagen können.
6. Die Schaffung einer europäischen Agentur zur öffentlichen Kontrolle der grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Banken und Finanzinstitutionen für den europäischen Wirtschaftsraum. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, im Rahmen einer europäischen Verfassung zu einer Kompetenzaufteilung zwischen der Europäischen Kommission und den Nationalstaaten zu kommen. Die o.g. Agentur könnte auch der Kern für eine einheitliche europäische Rahmensetzung sein, da die gegenwärtigen nationalen Sonderwege (vgl. Deutschland, Irland, Griechenland) eine Lösung der Finanzkrise erschweren.
7. Ein Verbot von hochspekulativen Finanzinstrumenten

Eine Reihe von Konsequenzen sind über das oben Geschilderte hinaus bereits sichtbar:

- Ein von Teilen der CDU und SPD im Zusammenhang mit der Föderalismusdebatte gefordertes Verbot der Staatsverschuldung ist hinfällig. Es war wirtschafts- und finanzpolitisch sowieso unsinnig, da niemand zur Verschuldung verpflichtet ist, Handlungsspielräume für öffentliches Agieren gewahrt bleiben müssen und das Investitionsverständnis gerade einer öffentlichen Neuorientierung unterliegt.
- Daraus ergibt sich auch, dass Debatten über die Staatsquote nicht mehr in erster Linie nach Durchschnittswerten der Belastung durch ein Steuersystem geführt werden, sondern nach der Notwendigkeit von gesellschaftlich zu lösenden Aufgaben und der sich daraus ableitenden steuerlichen Belastbarkeit bei der Ausgestaltung des Steuersystems.
- Die bisherigen Regelungen des Stabilitätspaktes auf europäischer Ebene werden offensichtlich neu interpretiert. Dabei geht es insbesondere um die Verschuldungsgrenze von 3 %, die von Beginn an eine politische Festlegung gewesen ist – es hätten auch 2,8 oder 3,5% sein können, die politische Begründung wäre die gleiche geblieben. Die PDS hatte seinerzeit in der Diskussion die Einführung eines sog. Defizitkorridors vorgeschlagen, der öffentlichen Handlungsspielraum gewährleisten sollte.
- Für DIE LINKE heißt es gegenwärtig, die Lösung eines akut gesellschaftlichen Problems mit einer notwendigen Regulation von Märkten, im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft zur Verhinderung einer demokratischen Legitimationskrise in der Gesellschaft zu verbinden.